

032

März 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Armutsbericht der Bundesregierung: FDP besteht auf Zensur

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird auf Druck von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) geschönt – und dokumentiert trotzdem dramatische wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen. Trotz der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung sei die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter gewachsen. Von Armut bedroht sind demnach unverändert rund 16 Prozent der Menschen während die reichsten 10 Prozent der Haushalte über 53 Prozent des gesamten Vermögens verfügten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisierte den Bericht. Er zeige einmal mehr, "dass die neoliberale Politik nach der Devise 'sozial ist, was Arbeit schafft' gescheitert ist", so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Unterdessen stellte die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall bezahlte Lobbygruppe "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" eine Studie vor, die allen wissenschaftlichen Befunden zum Trotz behauptet, Deutschland werde "immer gerechter".

→ Weiter... und → Weiter...

Krise in Portugal: Millionen demonstrieren gegen Sparzwang

Rund 1 Million Portugiesen haben am 2. März gegen die Sparauflagen der Troika aus EU, IWF und EZB und die Politik ihrer Regierung protestiert. Die Initiative "Zum Teufel mit der Troika" hatte zu dem Protest aufgerufen, zahlreiche Organisationen hatten die Demonstrationen unterstützt, darunter der Dachverband der Gewerkschaften

CGTP, die Parteien der Linken und zahlreiche Berufsverbände. Portugals Wirtschaft steckt in Folge der Sparexzesse in einer tiefen Rezession, die Arbeitslosenquote ist auf fast 17 Prozent gestiegen. Anlass der Proteste war der Besuch einer Delegation der EU, der EZB und des IWF, die überprüfen sollte, ob Portugal die Auflagen zur Sanierung des Staatshaushalts einhält. Die Protestbewegung hält der portugiesischen Regierung vor, zu Befehlsempfängern der Troika geworden zu sein.

→ Weiter...

Verfassungsputsch in Ungarn: Orbán nimmt Abschied vom Rechtsstaat

Ungarn nimmt in großen Schritten Abschied von der Demokratie. Seit Viktor Orbáns nationalkonservative Partei Fidesz die Parlamentswahlen gewonnen hat, entfernt sich das politische System des Landes immer weiter von rechtsstaatlichen Normen der EU. So wurde in einer Novelle des Mediengesetzes die Presse- und Medienfreiheit und weitere Grundrechte deutlich eingeschränkt. Nun beschloss das Parlament mit Orbáns Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung, die das ungarische Verfassungsgericht de facto entmachtet. Der Regierung steht damit keine kontrollierende Instanz mehr gegenüber, nun soll Obdachlosigkeit bestraft und die Meinungsfreiheit bei Verletzung der "Würde der ungarischen Nation" eingeschränkt werden können. Unterdessen hat die EU angekündigt, die neue Verfassung zu überprüfen, ein wirklicher Aufschrei blieb jedoch bislang aus. → Weiter...

Gehälter-Debatte: EU prüft Regulierung von Spitzengehältern

Seit Jahren ist es das gleiche Bild: Während Löhne und Gehälter kaum nennenswert steigen und die verfügbaren

032

Info-Teaser für Aktive



Einkommen über 10 Jahre sogar gesunken sind, explodieren die Einkommen am oberen Rand. Eine Volksabstimmung in der Schweiz hat nun eine europaweite Debatte über die Regulierung von Spitzeneinkommen ausgelöst. Nun will auch die EU eine Regelung nach Schweizer Vorbild prüfen. Demnach sollen die Aktionäre eines Unternehmens über die Höhe der Spitzengehälter abstimmen. 68 Prozent der Schweizer hatten sich für die "Volksinitiative gegen die Abzockerei" ausgesprochen. In Zukunft stimmen nun die Aktionäre börsennotierter Unternehmen jedes Jahr über die Vergütung von Spitzenmanagern ab, Abfindungen sollen verboten werden. → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Neue Kampagne:

IG Metall Jugend startet "Revolution Bildung"

Die IG Metall Jugend hat ihre neue Kampagne "Revolution Bildung" gestartet. Das Ziel: Gute Bildung für alle – kostenfrei, mit freien Zugängen, genügend Zeit und guter Qualität. Zugleich fordert die IG Metall von Politik und Wirtschaft mehr Investitionen in Bildung. Deutschland liegt hier international weit hinten. "Wer dreistellige Milliardenbeträge für die Rettung der Banken aufbringt, kann auch mehr in die Bildung investieren", forderte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels. Bundesjugendsekretär Eric Leiderer warf der Politik Versagen bei der Bildung vor. "Es wurde an Symptomen herumgeschraubt, ohne einen Plan für das gesamte System – und wo ein Plan vorhanden war, folgte er der Ideologie des Marktes". Die Folge seien verkürzte und verflachte Studiengänge und immer mehr "Bildungsverlierer", die keinen qualifizierten Bildungsabschluss haben. In den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl will die IG Metall Jugend weitere Konzepte diskutieren und gemeinsam mit Bündnispartnern Druck auf die Politik machen. Ihr Ziel ist eine radikale Reform des Bildungssystems.

→ [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

"Tag der Ansage":

DGB startet Aktionen zur Bundestagswahl

Im Vorfeld der Bundestagswahl mobilisiert die DGB Jugend zu ihrer neuen Kampagne "Jugend macht Ansage" und ruft zur verstärkten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf. Nach einem Aktionstag, der am 16. März in Berlin, Hannover, Dortmund, Leipzig, Frankfurt und Nürnberg stattfand, folgt eine internationale Jugendkonferenz am 18. März in Berlin, auf der die Situation der Jungen Generation in Europa im Mittelpunkt steht. Vertreter der Gewerk-

schaftsjugend u.a. aus Spanien, Griechenland und Portugal werden aus erster Hand von ihren Erfahrungen berichten. DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggemiller warnte: "Die junge Generation ist der Krisenverlierer. Denn fast jeder vierte junge Mensch in Europa unter 25 Jahren hat keine Arbeit. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus, ein Kurswechsel muss her." → [Weiter...](#)

Nazi-Aussteiger-Programm:

Bund dreht "Exit" den Geldhahn zu

Dem Neonazi-Aussteigerprogramm Exit droht möglicherweise das Ende, weil die Finanzierung durch das Bundesarbeitsministerium und den Europäischen Sozialfonds (ESF) Ende April ausläuft und derzeit nicht verlängert werden kann. Das teilte der Träger von Exit Deutschland, das Zentrum für Demokratische Kultur, in Berlin mit. Nach eigenen Angaben hat Exit seit dem Jahr 2000 mehr als 480 Personen aus der rechtsextremen Szene herausgeholt, darunter vor allem höherrangige Neonazis wie etwa Kameradschaftsführer. Der Verfassungsschutz will in diesem Zeitraum lediglich gut 100 Personen beim Ausstieg begleitet haben. Ehemalige Rechtsextremisten, die mit Hilfe von Exit erfolgreich aus der Nazi-Szene ausgestiegen sind und heute öffentlich über die Gefahren des Rechtsextremismus aufklären, zeigten sich betroffen. Man frage sich, warum der Bund als Körperschaft keine nationale Gesamtverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland übernehme, hieß es. Exit wurde im Jahr 2000 von Kriminologist Bernd Wagner und Ex-Neonazi Ingo Hasselbach gegründet.

→ [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Neue Studie:

Unternehmen handeln verantwortungslos

Die zehn größten Lebensmittelkonzerne sind weit davon entfernt, soziale und ökologische Standards bei der Produktion ihrer Lebensmittel zu erfüllen. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Oxfam-Studie "Behind the Brands". Untersucht wurden die Konzerne Coca-Cola, Danone, Unilever, Kellogg's, Mars, Mondelez, Nestlé, PepsiCo, General Mills und Associated British Food. Oxfam hat die selbstgesteckten Ziele der Firmen in den Bereichen Arbeitsrecht, Rechte von Kleinbauern, Rechte von Frauen, Umgang mit Land und Wasser, Klimawandel und Transparenz überprüft. "Nicht einmal auf dem Papier zeigen die Unternehmen ein ausreichendes soziales und ökologisches Problembewusstsein", kritisiert Frank Braßel, stellvertretender Kampagnenleiter von Oxfam Deutschland. Die untersuchten Unternehmen nahmen zusammen etwa 1,1 Milliarden Dollar am Tag ein, wollten sich aber nicht verpflichten, ihren Lieferanten faire Preise für Rohstoffe zu zahlen, hieß es.

→ [Weiter...](#)

032

Info-Teaser für Aktive



Junges Leben

"Identitäre Bewegung":

Islamhasser, Neonazis und Burschenschafter

Während sich die Politik mit einem möglichen neuen Verbotsverfahren gegen die NPD befasst, bilden sich fortwährend neue rechtsextremistische Gruppen. So haben sich in jüngster Zeit in Deutschland und Österreich Ableger der "Identitären Bewegung" gegründet, die in Frankreich bereits seit längerem in Erscheinung tritt. Die "Identitären" geben sich als "Stimme der jungen Deutschen" aus, die sich gewaltfrei und demokratisch gegen den angeblichen Verlust ihrer ethnischen Identität und die vermeintliche Islamisierung Europas wehren. Ein "schrakenloser Globalismus", eine angeblich vorherrschende "linke Utopie" sowie eine imaginierte außereuropäische Masseneinwanderung werden für den Zerfall der eigenen Identität verantwortlich gemacht. Damit zeigen sie sich anschlussfähig an Positionen rechtsextremer und faschistischer Parteien wie etwa der NPD oder der österreichischen FPÖ. Bislang traten sie nur in Frankfurt und Wien in Erscheinung, haben aber vor allem im Netz massiven Zulauf. Ihre Mitglieder, die sich offiziell von Rechtsextremismus und Antisemitismus distanzieren, setzen sich überwiegend aus Islamhassern und bekannten Rechtsextremisten zusammen. [Weiter...](#)

Neues Buch:

Alte und neue "Demokratie"

Die Autoren der berühmten Anti-Globalisierungs-Titel "Empire", "Multitude" und "Common Wealth" Antonio Negri und Michael Hardt haben ein neues Buch mit dem Titel "Demokratie" geschrieben. Darin plädieren sie in altbekanntem Pathos für mehr "Selbstregierung" und direkte Demokratie und vergleichen die herrschende Ordnung mit dem "ancien regime" vor der Französischen Revolution. Hardt und Negri schreiben, als hätte es keinen Niedergang der Occupy-Bewegung gegeben, als würden aus der arabischen Rebellion allüberall nur offene, demokratische Gesellschaften entstehen. Dabei liegen sie sowohl mit ihrer Analyse der aktuellen Situation als auch mit ihren Vorschlägen nicht so falsch: Die Institutionen der repräsentativen Demokratie erscheinen ihnen ausgehöhlt, Finanz- und Umweltkrise können mit den bestehenden Systemen nicht gelöst werden. Demgegenüber soll eine neue Verfassung breite demokratische Teilhabe garantieren und kulturelle wie auch natürliche gemeinschaftliche Ressourcen, also Wasser, Bildung und sogar Banken, als Gemeingüter garantieren. Leider liegt der Verdacht nahe,

dass die gegenwärtigen Protestbewegungen keinesfalls schon so stark sind, wie die Autoren unterstellen.

[Weiter...](#)

Fernsehfilm:

Gutenberg reloaded

Mal ehrlich – wer vermisst ihn nicht, den Strahlemann und großen Hoffnungsträger der deutschen Politik, der sich später leider als Hochstapler ersten Ranges entpuppte? Für alle, die den Freiherrn mit dem ermogelten Dokortitel vermissen, produzierte der Privatsender SAT1 den Film "Der Minister". Dieser erzählt die Geschichte des mäßig begabten Adelssprösslings Franz Ferdinand von und zu Donnersberg, der mit Hilfe eines alten Schulfreundes und eines befreundeten Chefredakteurs zum "populärsten Minister im Bundeskabinett" aufsteigt. Obwohl er von nichts wirklich eine Ahnung hat, kann er sich dort nur halten, weil er genau diese Ahnungslosigkeit brilliant verkaufen kann. Der Film wirkt so aufgeregt und hektisch wie Gutenbergs Zeit in der Politik und stellt seine Hauptfigur konsequent als das dar, was er gewesen ist: Ein "Bundesminister der Äußerlichkeiten". "Der Minister" ist seit langem die erste erfolgreiche Eigenproduktion des Senders und bescherte den Verantwortlichen überraschend eine Traumquote von 4,4 Millionen Zuschauern. [Weiter...](#) und [Weiter...](#)

Am Ende

ProblemBER:

Habemus Mehdorn

Nach Monaten der Ungewissheit zeichnet sich eine überraschende Lösung beim neuen Berliner Großflughafen ab. Hartmut Mehdorn, ehemaliger Star-Manager bei Deutscher Bahn und Airberlin, soll es in möglichst kurzer Zeit richten – ohne die öffentlichen Haushalte weiter über Gebühr zu belasten. Schließlich ist Berlin bekanntermaßen arm. Und so zeichnet sich eine sexy Lösung ab, mit der keiner gerechnet hatte: Informierten Kreisen zufolge hat Bundesverkehrsminister Ramsauer das Projekt BER bereits vollständig abgeblasen und die Zusammenarbeit mit Mehdorn mit rein wirtschaftlichen Gründen erklärt: "Im Vergleich mit den 500.000 Euro Jahresgehalt für Herrn Mehdorn käme es doch wesentlich teurer, den Flughafen fertigzustellen und irgendwann tatsächlich in Betrieb zu nehmen", hieß es in Berlin. Mehdorns Vorstoß, den völlig überlasteten Flughafen Tegel weiter offenzuhalten, sei denn auch mit Ramsauer [abgesprochen gewesen](#).